

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KV STUTTGART

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
STUTTGART am 01.12.2011

Resolution: Nach der Volksabstimmung: Keine Übernahme von Mehrkosten für Stuttgart 21 Bedenken der Bürger ernst nehmen

Mit der ersten Volksabstimmung in Baden-Württemberg ist am vergangenen Sonntag Geschichte geschrieben worden. Der Kreisverband Stuttgart von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN begrüßt ausdrücklich, dass den Bürgerinnen und Bürgern von Baden-Württemberg die Möglichkeit gegeben wurde, über den Kostenanteil des Landes am Projekt Stuttgart 21 abzustimmen. Wir danken all jenen, die sich mit aller Kraft um ein „Ja zum Ausstieg“ bemüht haben. Die hohe Wahlbeteiligung zeigt den Wunsch der Bevölkerung, auch in Sachfragen mitentscheiden zu dürfen, und ist das Ergebnis einer gelungenen Mobilisierung.

Wir respektieren das Votum der Bevölkerung, dass das Land aus der Finanzierung von Stuttgart 21 nicht aussteigen soll. Die inhaltlichen Defizite des Projekts bleiben aber weiterhin bestehen.

Knapp die Hälfte der Stuttgarter Bürger (47,1 Prozent) hat gegen das Projekt votiert. Der Kreisverband BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stuttgart versteht dies als Auftrag, auch die Interessen dieser Bürger in Stuttgart zu vertreten. Wir Grüne in Stuttgart haben unsere Aufgabe immer darin gesehen, Schaden für die Bürgerinnen und Bürger durch das Projekt Stuttgart 21 abzuwenden. Dies werden wir fortsetzen.

Aus dem Votum der Bürgerinnen und Bürger ergibt sich für uns:

1. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stuttgart wird Stuttgart 21 weiterhin kritisch begleiten, auch im Aktionsbündnis. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dort die fachlichen Mängel des Projekts Stuttgart 21 herausgearbeitet, transparent gemacht und so weit wie möglich behoben werden (so z.B. beim Planfeststellungsverfahren des Abschnitts 1.3 auf den Fildern).
2. Nach der Volksabstimmung, schließt die Bahn zuvor vehement dementierte Mehrkosten für Stuttgart 21 plötzlich nicht mehr aus. Der Kostendeckel auf dem Zuschuss des Landes, der auch im Koalitionsvertrag

fixiert ist, muss bestehen bleiben. Auch die Stadt Stuttgart kann es sich in ihrem Haushalt nicht leisten, mehr Geld für Stuttgart 21 zur Verfügung zu stellen. Es wäre verantwortungslos, in eine Situation zu geraten, in der eine Bauruine oder ein finanzielles Desaster für alle Beteiligten entsteht. Die Deutsche Bahn AG fordern wir auf, unverzüglich ihrer Informationspflicht nachzukommen und für Kostentransparenz zu sorgen.

3. Nach wie vor sind Klagen gegen das Projekt anhängig bzw. in Vorbereitung (u.a. von der Stuttgarter Netz AG und der Gewerkschaft der Lokführer). Daher muss beim Bau darauf geachtet werden, dass falls diesen Klagen stattgegeben wird, diese noch berücksichtigt werden können.
4. Die Bahn muss nun ihre Versprechen und Zusagen einhalten und garantieren, dass sämtliche bei der Schlichtung als S21+ vereinbarten Auflagen und Verbesserungen umgesetzt und die Mehrkosten von der Bahn übernommen werden. Für die Betriebsqualität wie für die Sicherheit ist dies unabdingbar. Hier darf es keine Abstriche geben. Auch das Versprechen der Bahn, andere Projekte wie der Ausbau der Rheinstrecke oder der Elektrifizierung der Südbahn nicht wegen Stuttgart 21 zurückzustellen, muss eingehalten werden.
5. Wir fordern alle Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg auf, sich auf eine Verfassungsänderung mit deutlichen Verbesserungen für die direkte Demokratie zu einigen. Die hohe Beteiligung bei der Volksabstimmung hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich aktiv an der Politik in unserem Land beteiligen wollen und auch bei Sachfragen ein Mitspracherecht erhalten möchten. Echte Bürgerbeteiligung, auch bei Großprojekten, muss in Zukunft deutlich früher möglich sein. Daher fordern wir eine deutliche Absenkung der Hürden für Volksbegehren und die Abschaffung des Quorums bei Volksabstimmungen.